

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Bereitschaft zur Volksabstimmung über den Achtstundentag.

Die Berner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens hat die internationalen Voraussetzungen für eine gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die wichtigsten Industrieländer Europas geklärt.

Nachdem die Ministerkonferenz die abweichenden Auffassungen der Regierungen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des Washingtoner Abkommens festgestellt hat, wird sich der Reichstag schnellstens mit der Schaffung eines dem Washingtoner Abkommen entsprechenden Arbeitszeitgesetzes und der Ratifizierung des Abkommens beschäftigen müssen.

Angesichts der bisher bekannt gewordenen Auffassung der Reichsregierung zur Arbeitszeit und des ungeklärten Drängens der deutschen Arbeitgeberverbände nach Verlängerung der Arbeitszeit ist jedoch das Schicksal eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens entspricht, zweifelhaft. Ungewiß ist auch die Stellung des Deutschen Reichstages zur Ratifikation des Abkommens.

Die Gewerkschaften haben den Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet. Da der Volksentscheid sofort durchzuführen ist, wenn der Reichstag bei der Schaffung der Gesetze versagt, müssen die bereits eingeleiteten Geldsammlungen zur Deckung der erheblichen Kosten des Volksentscheides mit der größten Beschleunigung fortgesetzt und durchgeführt werden.

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter darf sich der Pflicht entziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Volksentscheides zu leisten.

Für die deutschen Arbeitnehmer gilt der Kampf um den Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Verteilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen nunmehr die deutschen und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Graßmann.
- Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Aufhäuser, Stahr.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Falkenberg.

Henry Ford.

Was ist eigentlich von diesem Amerikaner Besonderes zu verzeichnen? Was läßt ihn aus der Reihe seiner Klassen- und Berufsgenossen so auffällig hervortreten? Ist er nicht ein Kapitalist wie jeder andere?

Ganz gewiß ist Henry Ford ein Kapitalist, der Mehrwert sammelt, aber er ist ein Kapitalist mit weitem geistigen Horizont. Er ist kein Philanthrop, aber er hat ein Produktionssystem, das neben der Wahrung seiner rein privaten Interessen zugleich kulturfördernd wirkt, also der Gesamtheit zugute kommt.

Wer das vor einiger Zeit erschienene Werk Henry Fords "Mein Leben und mein Werk" studiert, der findet ohne besondere Mühe den Hauptgrundsatz Fords heraus: "Produktion im größtmöglichen Umfang." Das ist es, worauf bei Ford alles ankommt. Allerdings ist das von Ford angewendete System zur Erreichung eines Maximums an Produktion grundverschieden von der Methode deutscher Unternehmer, die von der fixen Idee beherrscht sind, die Produktion müsse durch Verlängerung der Arbeitszeit erhöht werden. Die Notwendigkeit dieser Methode lassen sich die deutschen Unternehmer von "Wissenschaftlern" nachweisen. Es ist deshalb lobnend, sich in diesem Zusammenhange mit Ford zu beschäftigen, um an seiner Praxis die wirtschaftspolitische Kleinheit und den kurzen kaufmännischen Blick der führenden Leute in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nachzuweisen.

Ford kann, kaufmännisch betrachtet, als Antipode deutscher Unternehmer angesprochen werden. Wir werden deshalb versuchen, kurz darzustellen, wie sich die Methoden Fords wirtschaftlich und sozial auswirken, denn wir sind der Meinung, daß dadurch die Güte einer bestimmten Produktionsweise am besten festgestellt werden kann.

Wir haben bereits hervorgehoben, daß der Grundzug des Strebens bei Ford intensive Produktion ist. Eine solche ist jedoch nur möglich, wenn dem Absatz die Wege geebnet werden. Das kann geschehen durch niedrigste Verkaufspreise,

die noch einen mäßigen Gewinn abwerfen. Doch auch sie allein können nicht zum Ziel führen. Ford hat als kluger Kaufmann erkannt, daß zur Steigerung des Umsatzes die Kaufkraft der Konsumenten erhöht werden muß. Deshalb zahlt er hohe Löhne. Aber er gibt diese hohen Löhne nicht umsonst, sondern er verlangt eine Höchstleistung, aber nicht in 12 Stunden, sondern in acht. Fassen wir also zusammen, so ergibt sich folgendes: Hohe Löhne und kurze Arbeitszeit bedeuten Hebung der Arbeitskraft, also Erhöhung der Leistung; hohe Löhne heben die Kaufkraft; hohe Löhne und niedrigste Verkaufspreise beleben den Konsum, vergrößern den Umsatz; niedrigste Verkaufspreise bei kleinem Nutzen, jedoch erhöhtem Umsatz bringen hohen Gesamtgewinn.

Mit seinem System hat Ford eine ungeheure Leistungssteigerung erreicht. Es wurden 1921 1 080 000, 1922 1 833 812, und im letzten Jahre 2 120 848 Wagen hergestellt. Interessant ist es, daß der Gewinn sowohl absolut wie auf den einzelnen Wagen berechnet von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist. Berechnete Ford auf einen Wagen im Jahre 1921 noch 123 Dollar Reingewinn, so waren es 1922 nur noch 67 Dollar; im letzten Jahre wurde der Gewinnanteil auf 47 Dollar zurückgeschraubt. Dieses Streben, bei vermindertem Gewinn möglichst hohe Umsätze zu erzielen und durch Erschließung eines großen und alle Bevölkerungskreise umfassenden Absatzes auch eine hohe Regelmäßigkeit der Beschäftigung zu erreichen, sollte auch der deutschen Industrie als Vorbild dienen.

Wie wirkt sich nun die Methode Fords wirtschaftlich aus? Sie schafft Güter unbegrenzt bis zur Erschöpfung der Aufnahmefähigkeit des Marktes. Die hohen Löhne beleben die Produktion überhaupt. Das System Ford ist außerdem geeignet, die zwischen zwei Wirtschaftskrisen liegenden Perioden zwar nicht aufzuheben, wohl aber zu verlängern. Wirtschaftskrisen können bei der kapitalistischen Produktion überhaupt nicht ausgeschaltet werden. Das wäre nur möglich, wenn die Gesellschaft selbst die Produktion in die Hand nähme. Sozial bedeutet die kurze Arbeitszeit einen hohen Gewinn, der sich in der Hebung der Volksgesundheit (Sport, Körperpflege, Verminderung der Unfälle) und der geistigen Weiterbildung weiter Volksschichten ausdrückt. Sozial und kulturell zugleich wirkt die Methode Fords deshalb, weil sie einem größeren Kreis von Volksgenossen die Vorteile der technischen Errungenschaften zugänglich macht. Ist denn nun die Methode Fords wirklich etwas Neues? Nein, wir finden sie schon angewendet, seitdem es einen Handel gibt. Am besten ausgeprägt finden wir Fords Praxis bei den Trödlern und Althändlern im kleinen. Bei ihnen spielte die Methode vom großen Umsatz bei kleinem Nutzen schon längst eine große Rolle. Ford hat diese alte Erkenntnis nur ins Große umgesetzt. Allerdings waren bei den Trödlern nicht die kulturellen Auswirkungen bestimmend, die Ford bewußt fördert, sondern lediglich der Gewinn. Aber das ist nebenbei. Es galt nur nachzuweisen, daß Fords System nicht neu ist, aber es ist modernisiert, und man darf vielleicht sagen psychologisch vielmals besser empfunden und angewendet als z. B. das System Taylor. Taylor verbittert, Ford erhebt. Taylor macht Sklaven, Ford schafft selbstbewußte Menschen. Taylor istot den Geist, Ford weckt ihn.

Unternehmer, die in Sinne Fords wirken wollen, müssen unbedingt mit der auch in Deutschland üblichen Syndikats- und Kartellpolitik brechen. Dieses System hat zum Zweck, jede Konkurrenz auszuschalten, die Preise hochzuhalten oder hochzuschreiben, dagegen die Produktion einzuschränken. Damit wird der Gesundung eines erkrankten Wirtschaftskörpers entgegengekömmt, wie überhaupt die Folgen der Kartellpolitik kulturhemmend sind. Die Praxis der Kartelle liegt nur im Interesse einer kleinen Gruppe von Menschen, schädigt dagegen die große Mehrheit der Volksgenossen. Daß die Kartelle schädlich wirken, ergibt sich aus der Existenz des Kartellgerichts. Hier ein interessanter Fall aus der letzten Vergangenheit. Die Lanterbacher Damenhutfabrik Konrad Feik war Mitglied der Vereinigung der Damenhutfabriken, E. S. Diese Firma wurde durch die Kartellbedingungen daran gehindert, ihre Preise so zu stellen, wie sie den Herstellungskosten entsprachen, d. h. die Preise herabzusetzen. Die Firma erhob vom Kartellgericht das Recht zugesprochen, aus der Vereinigung auszutreten. Die Vereinigung selbst wurde zu einer Strafe von 1000 Goldmark verurteilt. Aus diesem Urteil des Kartellgerichts ergibt sich also, daß die Kartelle, Syndikats- und Konventionen eine Warenverbilligung verhindern. Damit schränken sie zugleich den Umsatz ein und schließen die große Masse der Bevölkerung und in erster Linie die Werkstätigen von dem Segen des technischen Fortschrittes aus. Die Kulturerrungenschaften bleiben zum großen Teil ein Reservatrecht der Besitzenden.

Gewiß kann eine Produktionsregelung — die von den Kartellen angeblich erstrebt wird — von Vorteil sein. Aber

nur dann, wenn diese Regelung nicht im Interesse der Regenden, also einer kleinen Schicht, sondern im Interesse aller Volksgenossen erfolgt. Heute wirkt diese Regelung gemeinschädlich. Sie erzeugt Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend, Krankheit, Wirtschaftskrisen und verknümmert den Nachwuchs.

Innig verbunden mit der gekennzeichneten Kartellpraxis ist das Bestreben, die Produktion zu erhöhen durch Verlängerung der Arbeitszeit. Dieses Vorgehen der deutschen Unternehmer leidet nicht nur an einer Fehlbewertung wirtschaftlicher Tatsachen und volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten, sondern auch an einer inneren Unwahrhaftigkeit. Die deutschen Unternehmer wollen objektiv gar keine Erhöhung der Produktion, sondern sie wollen mit einer geringeren Arbeiterzahl das gleiche Quantum produzieren, um ihren Gewinn zu erhöhen. Beweis: Betriebsstillegungen mit dem Ziele der Arbeiterentlassungen, um dadurch den Willen zu längerer Arbeitszeit zu erpressen. Das ist eine dem Fordschen System entgegengesetzte Taktik, sie ist kurzfristig und gemeinschädlich. Diesen ungesunden Zustand hat Ford auf einem bestimmten Gebiet durch seine Praxis beseitigt.

Stellen wir uns einen Augenblick vor, das deutsche Volk wäre — an Stelle von Privatunternehmern — Besitzer der kapitalistischen Produktionsmittel. Es könnte unmöglich so handeln wie unsere heutigen Unternehmer, denn das wäre unsozial, verfließe gegen die Interessen der Gesellschaft. Die Gesellschaft braucht hohe Produktion unter Mitwirkung aller ihrer arbeitsfähigen Glieder, um seinen Nationalreichtum zu vermehren. Die Gesellschaft könnte kein Interesse daran haben, nur einen Teil ihrer Angehörigen produzieren, den nichtarbeitenden aber trotzdem an dem Ergebnis teilnehmen zu lassen ohne eine Gegenleistung. Zweifellos würde die Gesellschaft ihre Produktion auch regeln müssen. Die Regelung hätte aber auszugehen vom Bedarf der Gesamtheit. Von diesen Gesichtspunkten kann sich weder der Privatunternehmer noch eine Vereinigung von solchen (Kartelle) leiten lassen. Ganz gewiß handelt auch Ford nicht aus rein sozialen Beweggründen, aber er kommt ihnen mit seiner Praxis am nächsten.

Hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, Erhöhung der Konsumfähigkeit, höchste Produktion, niedrigste Preise Steigerung des Umsatzes bei Ford. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Verminderung der Konsumfähigkeit, Einschränkung der Produktion, höchste Preise, Minderung des Umsatzes, das ist das Signum deutscher Unternehmer.

Das System Ford wird zweifellos unzureichende, allgemein zurückgebliebene Unternehmungen und Unternehmer anschaften, es führt zu einer Gesundung der Produktionsmethoden und der Wirtschaft. Die deutsche Kartellpolitik jedoch, die ihre Preispolitik auf der Grundlage der zurückgebliebensten Betriebe und Produktionsmethoden aufbaut, woraus sich dann all die genannten volkswirtschaftlich und sozial schädlichen Nebenwirkungen ergeben, will einen kranken Zustand in der Wirtschaft aufrechterhalten. Wenn das deutsche Unternehmertum sich von dieser klagengeistigen Krämerwirtschaft nicht energig losreißt und Fordsche Bahnen wandelt, wird die deutsche Industrie und damit das deutsche Volk welt- und wirtschaftspolitisch ins Hintertreffen geraten.

Nahrungsmittelzölle und Gesundheitsfürsorge.

Die Einbringung des Zollgesetzes im deutschen Reichstag bedeutet eine schwere Belastung der arbeitenden Bevölkerung. Der Verbot der Volksgeundheit macht deshalb auf die gesundheitsgefährlichen Gefahren bei Annahme der Nahrungsmittelzölle aufmerksam. Arbeiter und Angestellte werden ganz besonders schwer getroffen. Auch im Krankenstand wird sich dies bemerkbar machen, wenn auch nicht sofort, aber bestimmt später, denn ein jeder und ganz besonders der Familienvater schleppt sich zur Arbeit solange es geht. Ein Familienvater kann sich den Luxus nicht erlauben, sich krank zu machen, wenn er sich krank fühlt. Eine wirkungsvolle Arbeit seitens aller Kreise, die in den Nahrungsmittelzöllen einen schweren, sogar den schwersten Schaden für die Volksgesundheit erblicken, muß vorbereitet und durchgeführt werden. Wir müssen kennzeichnen, zu welchen gesundheitsgefährlichen Folgen das Vorhaben der Reichsregierung führen muß. In den sozialhygienischen Mitteilungen — Zeitschrift für Gesundheitspolitik und Gesundheitsgesetzgebung — ist ein sehr beachtenswerter Artikel über Nahrungsmittelzölle und Gesundheitsfürsorge enthalten mit der Aufforderung, sich an dem Kampfe gegen die Nahrungsmittelzölle zu beteiligen. Dr. A. Fischer verweist auf die Entwicklung der Verteuerung von Lebensmitteln durch Kornzölle seit dem Jahre 1879. Gegen die künstliche Verteuerung der Brotpreise haben sich bereits manche Hygieniker in der 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts gewandt. So betonte der damalige Heidelberger Professor der Medizin, Dr. Herten 1860 im ersten Aufsatz der von ihm herausgegebenen "Zeitschrift für Hygiene, medizinische Statistik und Sanitätspolitik", daß das Sinken des Brotpreises um einen Groschen der Medizin vielleicht als ein sehr kleines Ding erscheint, aber doch für die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens mehr bedeutet als die ganze Heilkunde. Und in seinem Handbuch der medizinischen Statistik das 1865 erschien, heißt es: "Je teurer das Brot, um so mehr erkranken und sterben". Im gleichen Sinne äußerte sich Dr. Reich in seinem 1870 erschienenen System der Hygiene: "Will man", so schrieb er, "eine Bevölkerung glücklich und gesund

erhalten, muß man zunächst Legerung und Hungersnot verhindern, und weiter folgende: Wenn der Arme, der seinen Bedarf ohnehin schon viel teurer bezahlen muß als der Reiche, noch Steuer für die Nahrungsmittel abgibt, kann von einer entsprechenden Ernährung bei ihm um so weniger die Rede sein, je höher sich diese Abgaben stellen; er steht sich veranlaßt, die billigsten und den Magen am meisten füllenden und somit die an Nährstoffen ärmsten Nahrungsmittel einzukaufen und verkommt hierbei immer mehr. Die nervöse Aufregung, durch die ungenügende Ernährung verursacht, disponiert zu Ausschweifungen und Gewalttaten.

Inwiefern sich die Vertreter der Gesundheitswissenschaft zu Beginn dieses Jahrhunderts mit der Frage der Nahrungsmittelzölle befaßten, ist nicht bekannt, dagegen haben sich die Sozialpolitiker sehr eingehend mit diesem wichtigen Gegenstand beschäftigt. Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1901 erklärten die Gegner der hohen Getreidezölle, Loß und Friedrich Raumann, es für einen unlöslichen Widerspruch, einerseits Arbeiterschutz und Arbeiterversicherungsengesetz zu schaffen und andererseits durch die Zollpolitik die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern. Helfrich, der dann Staatssekretär und nach dem Kriege Führer der Deutschen Nationalen war, sagte: „Ich sehe die Industrie vor mir in Gestalt eines wirklichen lebendigen Industriearbeiters, dem das Zentnergewicht der Lebensmittelzölle auf dem Rücken ruht.“

Untersuchen wir die Einnahmen und Ausgaben von minderbemittelten Kreisen einer Berechnung, so finden wir, daß der Verdienst des Mannes, als Haupternährer der Familie, vor dem Kriege nicht ausreichte, seine Familie ernähren zu können. Wertvolles Material bieten uns die Erhebungen des Reichs-Statistischen Amtes: Erhebungen von Wirtschaftsprüfungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich, im 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt 1909 sowie die Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich auf 320 Metallarbeiterfamilien erstrecken.

Nach diesen Erhebungen betrug der Verdienst des Mannes 1507,92 Mark nach dem statistischen Amt und 1485,04 Mark nach dem Metallarbeiterverband, in Prozenten 82,2 resp. 80,0. Der Verdienst der Familienangehörigen betrug 164,78 Mark resp. 178,96 Mark, in Prozenten 8,9 bzw. 9,3, und die sonstigen Einnahmen betragen 162,68 Mark resp. 192,19 Mark, in Prozenten 8,9 bzw. 10,4. Die Gesamteinnahmen betragen nach den Erhebungen des Reichs-Statistischen Amtes 1835,38 Mark, nach den Erhebungen des Metallarbeiterverbandes 1856,19 Mark. Die Ausgaben betragen für:

	nach dem Reichstat.	nach dem Metallarb.-Verband	in Prozenten
Nahrung	955,06	975,42	52,0 bzw. 53,0
Kleidung	204,67	235,11	11,2 bzw. 12,9
Wohnung	312,52	264,00	17,0 bzw. 14,5
Heizung u. Beleuchtung	77,99	77,73	4,3 bzw. 4,3
Sonstiges	284,82	272,93	15,5 bzw. 14,9
Zusammen	1835,06	1855,28	100,0 bzw. 100,0

Die Ergebnisse beider Arbeiten stimmen sehr gut miteinander überein, trotzdem diese von verschiedenen Familien aus den verschiedensten Teilen Deutschlands herangezogen wurden und deren Richtigkeit nicht bestritten werden kann. Aus diesen Aufstellungen ist ersichtlich, daß das Durchschnittseinkommen für die Haushalte vor dem Kriege unannehmbar war. Das Durchschnittseinkommen eines angeleiteten Arbeiters war aber wesentlich niedriger. Zugrunde konnten, wie der Vergleich der Einnahmen mit den Ausgaben zeigt, Erfahrungen nicht erzielt werden. Dazu kommt, daß 8,9 bzw. 9,3 Prozent der Einnahmen auf die Erwerbsarbeit von Familienangehörigen zurückzuführen waren. Ohne die Löhne der Familienangehörigen wären diese Familien, bei gleichbleibenden Ausgaben, in Schanden geraten. Von dem Gesamtumsatz waren 32,0 bzw. 33,3 Prozent für die Ernährung erforderlich. Man erkennt sofort, wie entscheidend die Gesamtausgaben von den Erwerbsleistungen beeinflusst werden. Fragen wir in Betracht, daß seit dem Kriege der Gesamtumsatz für Ernährung wesentlich höher ist als vor dem Kriege, so erkennt man sofort die schrecklichere Lebensbedingung für die Lohn- und Gehaltsempfänger. Auch dem Anteil für die Ernährung gefolgt sich der für die anderen Bedürfnisse und insbesondere für die Wohnung übrig bleibende Betrag. Wären die Ausgaben für die Ernährung infolge von niedrigeren Nahrungsmittelpreisen kleiner gewesen, so hätte auch die Gesamtausgaben entsprechend sinken können. Dies hätte wesentlich bessere Versorgung für Schwangere, sorgfältigere Pflege der Säuglinge und wirksamere Bekämpfung der Atemkrankheiten bedeutet.

Wie sehr insbesondere die kinderreichen Familien von der Verteuerung der Nahrungsmittelpreise betroffen werden, kann man sich nachher vorstellen. Aus den genauesten Erhebungen geht auch hervor, daß sich in den Familien mit steigender Kopfzahl die Ernährungsbedürfnisse verschlechtern. Wie sich die Verzehrsverhältnisse bei den Kindern im 6. bis 7. Lebensjahr gestalten, ist die Ergebnis der E. Schillingers: Die Kinder der kinderreichen Familien, Archiv für Kinderheilkunde 1923, Band 73, Heft 1, S. 245-262. Frau Wacker, daß etwa 10 Prozent der Säuglinge in den großen Städten ganz kahnlos waren und weitere 20 Prozent der ärztlichen Überwachung bedürftig.

Man erkennt deutlich den Einfluß der Nahrungsmittelzölle, wenn man die Zustände in Deutschland mit ausländischen Verhältnissen vergleicht. In dem Schillingers' Löhne und Lebenshaltung im Vorkriegslande im 19. Jahrhundert, Schriften der Vereinigung für Sozialpolitik, Band 14, München 1914, von E. v. Lissa folgt der Verlauf folgendermaßen:

Zweifellos war in früheren Jahrzehnten das Leben in Deutschland bedeutend billiger als in England. Deutschland war einmal ein eherer wohlfeiler Land. Das änderte sich aber, während auf dem Weltmarkt die Preise der Agrarprodukte stiegen, während in England die Lebensbedingungen sich stetig günstiger wurden, lag das Leben in Deutschland an, sich zu verschlechtern. Alles lag in Preise, besonders die notwendigen Lebensbedürfnisse verteuerten sich zum Teil ganz erheblich. Dazu hat eine enorme Steigerung der Wollpreise in China und Ind. Deutschland veranlaßt sich binnen wenigen Jahrzehnten aus einem billigen Lande auf günstigere Lebensbedingungen zu einem überaus teuren Lande, in welchem die Preise der Produktionsgegenstände gerade der notwendigen Lebensmittel, Fleisch und Brot, die Lebensbedingungen besonders des kinderreichen Mannes und Arbeiters sich stetig verschlechtert haben. Deutschland ist heute vielleicht das teuerste Land in Europa.

Daran hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil, durch die Kriegsverluste und Kriegsveränderungen nach verschärfung. Deshalb habe ich mich entschlossen, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes auf nicht veräußert werden, sondern nach Möglichkeit werden. Berücksichtigung der Regierung und Vertretung von Nahrungsmittelzöllen zu parieren. Mit Recht wendet Dr. A. Fischer auf die Gesundheitsfragen, indem er schreibt:

„Für den Arbeiter wurde vielfach in Kampf gegen die Lebenshaltung ein größerer Wert auf die Verteuerung der Getreide als auf die Erhaltung der Arbeiterkraft gelegt. Die Erwerbslosen während und nach dem Kriege haben jedoch gezeigt, welche übertragende Rolle bei der Lebenshaltung eine gesunde Ernährung spielt. Jezt ist zu erwarten, daß alle der arbeitenden Klassen ihre Stimme gegen die Verteuerung der Lebensmittel erheben werden. Mit Recht hat Dr. Haber 1915 betont, daß die Erhaltung normaler Preise ebenso wichtig ist wie die Nahrungsmittelproduktion. Und wenn er hinzufügt: „Was man nicht kaufen kann, kann man nicht essen“, so hat er mit einer Deutlichkeit gesprochen, die sie hervorzuheben ist durchaus notwendig. Vor allem sollen die Lebensmittelpreise gesenkt sich mit aller Kraft gegen die Verteuerung des Lebens; alle ihre Maßnahmen sind möglich mit Wasser, wenn das Brot verteuert wird.“

Und das gleiche gilt auch für viele andere, die auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge tätig sind. Was nicht ist, daß in der Reichsregierung und im Reichsjugendwohlfahrtsrat der jungen Mutter Bund und den Kindern das Recht auf eine gesunde körperliche Erziehung zugesprochen werden, wenn die Ernährung der schwächeren Kinder und der heranwachsenden Kinder verschlechtert wird? Die Kinderfürsorge, alle Schulärzte, alle, die gegen eine weitere körperliche Verelendung unserer Jugend kämpfen, müssen Einspruch gegen die Nahrungsmittelzölle erheben. Mit Recht sagt Weinberg (Woham), daß die Maßnahmen der Kinderfürsorge Stückwerk bleiben, solange nicht auf den sonstigen Gebieten der sozialen Medizin und Hygiene noch mehr geleistet wird als bisher.

Die Lehre E. v. Fendlerlebens: „Das große Geheimnis, das Leben zu verlängern, besteht darin, es nicht zu verkürzen.“ trifft ganz besonders für das Nahrungsweesen zu. Wenn dem einzelnen und ganzen Volkswirtschaften wird schon viel genügt, wenn bei der Ernährung keine Fehler, welche die Gesundheit bedrohen und das Leben verkürzen, begangen werden. Einen größeren gesundheitsschädlichen Fehler aber als die Verteuerung der Nahrungsmittel durch die Wiedereinführung der Zölle (nicht Wein- und Tabakzölle) kann es in Deutschland nach meiner Ansicht nicht geben.

Es steht also fest, die Nahrungsmittelzölle sind eine große Gefahr für die Volksgesundheit und müssen ganz entschieden bekämpft werden. Alle Korporationen der Arbeiterbewegung müssen in diesem Sinne wirken. Heraus aus der Reserve! Rufen wir, ehe es zu spät ist!

Verband Volksgesundheit, von Südwest-Schreiber.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Vitamine in der chemischen Industrie.

Die Menschheit ist auf die Kohle als Kraft- und Wärmespender angewiesen. Als der Mensch die wärmespendenden Eigenschaften der Kohle erkannt hatte, benutzte er sie zum Zubereiten der Speisen und zur Erwärmung der Wohnstätte; sehr bald auch stellte er sie in den Dienst der gewerblichen Arbeit.

Das Ätzende in der Kohle sind die Vitamine. Unter Vitaminen versteht man das gesamte Brennbare tierischen oder pflanzlichen Ursprungs, das sich in langen Zeiträumen in der Erdrinde angesammelt, unter starkem Druck und anderen Ursachen umgebildet hat und in Verbindung mit anderen Stoffen und Verunreinigungen anstrich. In der Steinkohle und im Mineralöl sind die Vitamine stark konzentriert, während die Braunkohle weniger vitaminös ist und Torf mit seinem Vitamingehalt an letzter Stelle steht.

Steinkohle, Braunkohle und Torf sind auf dieselben Entstehungsursachen zurückzuführen. Dem Alter nach scheinen die Steinkohlen an erster Stelle zu stehen, während der Torf wahrscheinlich in verhältnismäßig jüngerer Zeit entstanden ist. Sicher spielen Druckverhältnisse und Luftabschluss bei der Entstehung der Steinkohlen, Braunkohlen und des Torfes eine ausschlaggebende Rolle, denn die feste, gehaltreiche Steinkohle liegt durchgängig tiefer als die Braunkohle, und der poröse wasserreiche Torf tritt überall zutage.

Die Ansichten über die Entstehung des Mineralöls und dessen lagerweises Auftreten sind noch nicht geklärt. Es wird angenommen, daß das Öl durch einen Klärprozeß aus Gesteinen, an die es feinerzeit gebunden war, ausgetreten ist und sich in Spalten und Hohlräumen der Erdrinde angesammelt hat, wo es zum Teil unter großem Druck steht. Eine andere Form des Mineralöls stellt das Asphalt, auch Erdpech genannt, dar. Als bituminöse Steine, die auf Öl oder Asphalt ausgebeutet werden können und auch Heizwecken dienen, kommen Asphaltsteine und Ölschiefer in Betracht.

Bei der Verbrennung bituminöser Stoffe kann die gesamte Wärmemenge nicht ausgenutzt werden, weil die nichtbrennbaren Bestandteile eine bestimmte Menge Wärme abfordern und an sich brennbare Substanzen beim Brennprozeß von den Heizgasen mitgerissen und nutzlos in die Luft geführt werden. Von diesen Stoffen muß die Kohle befreit werden, um einen höheren Heizeffekt, wie er z. B. beim Hochofen erforderlich ist, zu erzielen. Diesem Zwecke dient die Verkohlung der Kohle.

Die Verkohlung geschieht, indem mit Steinkohle gefüllte Retorten oder Kammer von außen beheizt werden. Durch die Hitze wird das Gas ausgetrieben, wobei sich außerdem Teer nach unten absetzt und der in der Kohle enthaltene Stickstoff mit dem Wasser als Ammoniakwasser abgeht. Wie in den Kokereien wird auch in den Gasfabriken gearbeitet, mit dem Unterschied, daß in Kokereien auf Koks gearbeitet wird und Gas, Teer und Ammoniakwasser als Nebenprodukte anstreifen, während die Gasfabriken ihr Augenmerk auf gutes Gas legen und Koks mit Teer und Ammoniakwasser als Nebenprodukte betrachten. Entsprechend dem Produktionsgang ist der Hüttenkoks wertvoller als Gasok. Das Gas der Gasfabriken dient fast ausschließlich als Leuchtgas, während das Gas der Kokereien vorwiegend als Feuerungsmaterial dem Betrieb wieder zugeführt wird, aber auch als Leuchtgas zum guten Teil Verwendung findet.

Die Nebenprodukte Teer und Ammoniakwasser sind wertvolle Substanzen und haben eine hohe wirtschaftliche Bedeutung. Sie sind Grundstoffe der chemischen Großindustrie und der Düngemittelindustrie. Die gesamte chemische Industrie benötigt auch noch viele andere Stoffe, die aber in einem anderen Zusammenhang zu besprechen sind.

Mit der Aufbereitung und Verarbeitung der Kohlenabfälle betreiben wir das Gebiet der chemischen Industrie, das auf die Arbeiter besonders schädliche Wirkungen ausübt, die in keiner anderen Industrie angetroffen sind und in der Region grundsätzlich von der aller anderen Industrie abweicht. Bisher waren diese Betriebe Arbeitsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes. Heute wird die Zuständigkeit unseres Verbandes für diese Betriebe bestritten. An Hand des Produktionsganges wollen wir darlegen, daß es sich um typisch chemische Betriebe handelt.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kann nicht nach Schema F erfolgen, die Eigenschaften der chemischen Industrie müssen erkannt und berücksichtigt werden. Dazu sind aber die Arbeiter auf die Arbeiterschaft der chemischen

Industrie aus den fraglichen Verbänden nicht disponiert, und die Fürsorge für ihre engeren Berufskollegen, deren Wirkungskreis ihnen näher liegt, läßt eine Vernachlässigung der Interessen der Chemiarbeiter befürchten. Die Erfahrungen vieler Jahre der im Fahrkartenarbeiterverband tätigen Funktionäre für die chemische Industrie sind mit Kenntnissen beschwert, die stark abseits gewöhnlicher Gewerkschaftsarbeit liegen. Diese Erfahrungen für einen Teil der Arbeiter anzuschaffen, heißt diesen Teil schädigen. Unverständlich ist das Bestreben, die chemische Industrie auseinanderzureißen und gerade die grundlegenden Betriebe herauszunehmen von Gewerkschaftlern, die das Schlagwort „Industriecorruption“ fortgesetzt im Munde führen.

Folgen wir nun einmal dem Teer auf seinem Wege bis zum Feinprodukt. Zuerst treffen wir ihn wieder in der Teerdestillation. Da gibt es selbstständige Betriebe, die sich eine bestimmte Menge Teer vertraglich gesichert haben und denselben auf die verschiedensten Produkte verarbeiten. Daneben erscheinen Dachpappenfabriken, die den Rohleer in eigenen Destillationen für ihre Zwecke aufarbeiten und die dabei anfallenden Nebenprodukte teilweise zu gebrauchsfertigen Handelsartikeln veredeln, teilweise an die Farbenindustrie abgeben. Große Holzimprägnierwerke betreiben Teerdestillationen, um ihr Imprägnieröl selbst herzustellen. Daneben wird das erzeugte Öl als Heiz- und Treiböl in großem Umfang abgesetzt. Endlich betreiben Zechen und Hüttenwerke und Vereinigungen von Gasfabriken Teerdestillationen unter dem Namen Teerverwertungsanstalten.

Welche Produkte gehen nun aus der Destillation hervor und wo verbleiben diese? Zum Teil wird die Destillation so geleitet, daß sich gebrauchsfertige Imprägnier-, Heiz- und Treiböle ergeben. Benzolfabriken sind auch Teerdestillationen, die gebrauchsfertiges Benzol herstellen. Das anfallende Benzol wird nicht immer in den Teerdestillationen gereinigt, geht vielmehr häufig als Rohbenzol zur Weiterverarbeitung an andere Fabriken. Dort wird eine Trennung in Benzol, Toluol, Xylol und Solvent-Naphtha vorgenommen. Benzol dient als flüssiger Brennstoff für Motoren und geht als Lösungsmittel zur Weiterverarbeitung in die Gummi-Industrie, Lack- und Farben-Industrie und in die Industrie der Ole und Fette und ätherischen Öle. Außerdem ist es der Grundstoff für zahllose Teerfarben.

Das Toluol wird in der Sprengstoff- und Farben-Industrie benötigt und dient zur Herstellung von medizinischen Präparaten, Riechstoffen und Saccharin. Xylol findet ebenfalls in der Farben- und Riechstoff-Industrie Verwendung, während Solvent-Naphtha als Lösungsmittel in der Gummi-Industrie und Lack- und Farben-Industrie dient und zur Reinigung des Rohabstrahens gebraucht wird.

Die aus dem Teer durch Destillation gewonnenen weiteren Stoffe wie Phenol (Karbolsäure), Anthracen, Pyridin, Naphthalin und Pech gehen zum größten Teil wieder in die chemische Industrie als Grundstoffe ein. Die Phenole werden zu Desinfektionsmitteln, Salicylsäure und Farbstoffen verarbeitet, Pyridin stellt ein wichtiges Lösungsmittel dar, Anthracen dient ausschließlich zu Farbstoffen, und Pech wird auf Firnisse und Dachlata verarbeitet, dient als Bindemittel und zu Isolierzwecken und ist bei der Briquetierung von Stein- und Braunkohlen unentbehrlich.

Das Ammoniakgas wird auf Stickstoff-Düngemittel und zu salpetersaurem Ammoniak für Sprengstoffe verarbeitet.

Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß der Teer zum Teil in selbstständigen chemischen Fabriken, zum Teil in Nebenbetrieben anderer chemischer Unternehmungen, wie Dachpappenfabriken und Imprägnieranstalten, zum Teil in Nebenbetrieben der Zechen, auf chemischem Wege in seine Bestandteile zerlegt wird. Zechen und Gasfabriken haben sich auch zu Teerverwertungsgesellschaften zusammengeschlossen, die selbstständige chemische Fabriken betreiben. Die Mehrzahl der Teerdestillationen begnügt sich nicht mit der einfachen Zerlegung, führt das Verfahren vielmehr bis zum Fertigprodukt durch, wie z. B. bei Benzol, Karbolsäure in allen gebräuchlichen Formen und Verbindungen und schwefelsaurem Ammoniak. Es handelt sich dabei mehrfach um chemische Großbetriebe. Die chemische Großindustrie ist mit den Teerverwertungsanstalten der Zechen eng verbunden. Schon früher bestand eine Verbindung der Firmen Cassella u. Co. und der höchsten Farbwerke mit diesen Betrieben. In neuerer Zeit bildet die Badische Anilin- und Soda-Fabrik mit solchen Werken eine Interessengemeinschaft. Es ist also schwer zu bestimmen, ob die von den Zechenfirmen betriebenen Teerverwertungsanlagen Nebenbetriebe des Bergbaues oder des Anilinkonzerns sind. gh.

Internationale Verträge.

In Kiffingen trat am 28. September der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie zu seiner Jahresversammlung zusammen. Nach einem Bericht der „Frank. Zig.“, Nr. 733, vom 1. Oktober, machte der Vorsitzende Geheimrat Dr. Quisberg u. a. eingehend Mitteilungen über den Vertrag, den die deutsche Teerfarben-Industrie vor drei Jahren mit ihrer Konkurrentin, der französischen Farbenfabrik Compagnie Nationale des Matières colorantes geschlossen hat. Der Vertrag habe von Anfang an zur beiderseitigen Zufriedenheit gearbeitet, weil er auf dem Prinzip der reinen Verantw. und auf Treu und Glauben aufgebaut war. Nur während des Antrampfes sei er mit gegenseitiger Zustimmung unterbrochen worden. Als dann die Etablissemens Kuhlmann in die Aktien der Compagnie Nationale erworben und die Gesellschaft in sich aufgenommen habe, hätten die Vertreter des Verwaltungskomitees dieser Gesellschaft in poincaristischem Hochmut diesen Vertrag unter dem unbilligen Vorwand getrieben, daß man alles, ausgenommen diesen Vertrag, von der Compagnie Nationale übernehmen habe. Tatsächlich habe man die für uns Deutsche gegenwärtig bestehende Unmöglichkeit, einem selbst juristisch unaufrichtigen Vertrag, wie dieser es war, am Seine-Gerichtshof Anrechnung zu verschaffen, dazu benutzen wollen, um günstigere Bedingungen herauszuholen. Als wir im Interesse unserer Existenz das weigerten, verachtete man dieses zur Herbeiführung des Friedens zwischen den Kriegführenden auch auf wirtschaftlichem Gebiete wichtige Abkommen.

Der Redner sprach ferner von dem Londoner Pakte, an dem er namentlich die Verlängerung der Lieferfrist für Farbstoffe und die seiner Ansicht nach zu hohe Belastungsquote der chemischen Industrie durch die Industrie-Obligationen scharf kritisierte. Trotz allem seien die Vertreter der chemischen Industrie von Anfang an wie ein Mann für die Annahme des Dawidschen Entwurfs eingetreten, weil Ruhe, Ordnung und ungeörterter Friede die erste Voraussetzung für jeden Wiederaufbau sind.

Explosion in der Pulverfabrik Bomlitz

Am Donnerstag, dem 25. September, vormittags 11.30 Uhr, explodierte in der Schwarzpulver-Fabrik Bomlitz, Abteilung Westerb...

Nachwuchs im Bäckerhandwerk war nur mangelhaft, da ein- sichtige Eltern sich weigerten, ihren Jungen einem solchen Be- rufsleben anzuvertrauen...

Das Urteil dieses sozial einsichtigen Bäckermeisters trifft in vollem, ja sogar in verstärktem Maße für die Wech- schelarbeiten der Papiererzeugungs-Industrie zu...

Nach dem erwähnten Rundschreiben klagen die Arbeit- geber auch über die lange Ferienzeit. Die Arbeiterschaft der Papiererzeugungs-Industrie hat also damit zu rechnen...

In dem Rundschreiben soll sich ferner der Hinweis be- finden, daß ein Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes den Abschluß eines Gesamtarbeitsvertrages überhaupt nicht mehr wünscht...

In der vorerwähnten Sondernummer der Thüringer Allgemeinen Zeitung schildert der Klempermeister Friedrich Krause in Erfurt die während der Kriegszeit erwachende Geld- sucht seiner Kollegen mit folgenden Worten:

Mancher Kollege fiel der Charakterlosigkeit anheim und glaubte, nur im Geldverdienen - und sei es mit allen Mitteln - liege das Glück.

Diese Geldsucht und Habgier hat sich auch nach dem Kriege und besonders während der Inflationszeit im gleichen Maße fortgesetzt. Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir erklären, daß sie auch nach der Stabilisierung der Mark nicht zurück- gegangen ist...

Die deutsche Papierarbeiterchaft weiß also, was ihr nach Ablauf des Gesamtarbeitsvertrages bevorsteht: Verlängerung der Arbeitszeit auf täglich 10 und 12 Stunden, Verkürzung der Ferien und Verschlechterung der sonstigen Arbeits- bedingungen...

An dem organisatorischen Nachwuchs der Arbeiterschaft in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie wird es liegen, ob die Wünsche der Unternehmer in Erfüllung gehen. Sie werden nicht in Erfüllung gehen, wenn die Papierarbeiterchaft durch läckenlosen Zusammenschluß dafür sorgt...

Varzin, Hammermühle, Rathsdamm.

Die Generaldirektion von den obengenannten verhängten Papierfabriken zeigt nunmehr ihr wahres Gesicht. Wiederholt haben wir im Proletarier bekanntgegeben, was sich in diesen Orten abspielt...

Jetzt zeigt sie ihr wahres Gesicht, und zwar für ihren Bezirk Rathsdamm.

Am 22. September d. J. wurde plötzlich an die Maschinen- führer und Gehilfen des Betriebes - der auch stillgelegt worden ist, aber mit 100 Mann arbeitet - das Verlangen gestellt, in zwei Schichten zu arbeiten, d. h. also 12 Stunden...

Die Leute sollten also 12 Stunden arbeiten. Als sie sich weigerten, wurden sie entlassen. Der Betriebsleiter Grefler schante sich nicht, die Maschinenführer Willy Reibel und Hermann Campagne als Falanken zu bezeichnen.

Durch die Stilllegung des Betriebes sind circa 600 Arbeiter am Orte arbeitslos. Nun schlägt die Direktion an ihrem schwarzen Brett im Konitor an, daß 300 bis 400 Arbeiter gesucht werden; selbstverständlich nur solche, die 10 resp. 12 Stunden im Betriebe arbeiten wollen und nicht zu den bisher Beschäftigten gehören.

Die Generaldirektion zeigt damit der Öffentlichkeit, daß sie mit den Gewerkschaften und den Tarifverträgen aufräumen will. Aber so leicht soll es die Direktion nicht haben, denn noch besteht der Verband der Fabrikarbeiter. Auch die Generaldirektion wird noch einsehen, daß es besser ist, sich mit der Gewerkschaft zu ver- ständigen, als organisationsfeindlich zu sein.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Arbeitszeit in Großbritannien. Während des Jahres 1923 hat der Generalkongress des britischen Gewerkschaftsbundes einen Fragebogen an die angeschlossenen Organisationen ausgesandt, um damit die normale wöchentliche Arbeitszeit der Mitglieder festzustellen...

Table with 3 columns: Es arbeiteten, Stunden in der Woche, Mitglieder. Rows include 40, 42, 44, 46, 46 1/2, 47, 48 hours and corresponding member counts.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschafts-Internationale.

Aber die Mitgliederzahl der einzelnen Berufssekretariate macht der Tätigkeitsbericht des IGB, an den internationalen Kongress in Wien folgende Angaben über die Mitgliederzahl Ende 1923 (der eingeklammerte Ort ist der Sitz des Sekretariats):

Table listing international unions and their member counts: Metallarbeiter (Bern) 2,530,888; Transportarbeiter (Amsterdam) 2,011,824; Bergarbeiter (London) 2,021,196; etc.

Demnach bestehen 28 internationale Berufssekretariate mit zusammen 16,641,678 Mitgliedern.

Gewerkschaftsbewegung in Japan.

Nach einem Bericht der Industrial and Labour Information nahm in den letzten fünf Monaten des Jahres 1923 die Zahl der Gewerkschaften in Japan um 15 zu, die der Ortsvereine um 33. Die Mitgliederzunahme betrug 40 %.

Die Arbeiter der Marinewerksstätten in Yokosuka im Bezirk Kanagawa, Matsumi im Bezirk Kyoto, Kure im Bezirk Hiroshima und Sasebo im Bezirk Nagasaki gründeten kürzlich mehrere Gewerkschaften, die sich zu einem Verbande mit mehr als 47,000 Mitgliedern zusammengeschlossen.

Auch der Allgemeine Arbeiterbund in Japan verzeichnet eine Zunahme der Ortsvereine und der Mitgliederzahl überall im Lande. Er hat mit verschiedenen anderen großen Verbänden Beziehungen angeknüpft.

Einigung mit den Kommunisten?

Nach dem im Juni abgehaltenen Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale hat sich die kommunistische Gewerkschafts- presse in Jugoslawien unter Berufung auf die in Moskau gefallene Einigungsparole für die Einigung der Gewerkschaften eifrig eingesetzt.

Wie früher die Zellenparole mit Spaltung und Zerschlagung der Gewerkschaften im Handumdrehen von der Einheitsfrontparole abgelöst wurde, so ist jetzt ursprünglich an die Stelle der letzteren die Parole der Einheitslichen Organisation getreten. Diesen Ausschreitung in der kommunistischen Presse und ihre lärmigen Auforderungen zur Einigung fertigt die Belgrader, Radnicki Kourier, das Organ der jugoslawischen Gewerkschaftskommission, mit folgenden Worten ab:

Um zur Einigung zu gelangen, ist vor allem Übereinstimmung in den Grundfragen über das Wesen, die Politik und Taktik der Gewerkschaften nötig. Diese Einigung erreicht man nicht durch Abstimmung über sämtliche Streitfragen und die internationale Orientierung, wie dies die Kommunisten empfehlen. Ein solches Vorgehen lehnen wir ab, obwohl wir selbst in Jugoslawien den Kommunisten in jeder Hinsicht überlegen sind. Die Streitfragen haben unsere Bewegung gespalten und wir wünschen nicht, daß sie noch einmal in unsere Gewerkschaften hineingetragen werden, um sie für ihre täglichen und wirklichen Aufgaben unfähig zu machen. Eine Einigung mit den extremen Elementen ist aber ausgeschlossen. Kommunistische und sozialistische Gewerkschaftspolitik können nie in Einklang gebracht werden. Und bisher haben die Kommunisten noch nicht erklärt, daß sie ihre verkehrten Anschauungen geändert haben. Erst nach einer klaren Situation geschaffen werden, wenn wir zu einer Einigung kommen sollen. Denn die technische Einigung der Gewerkschaften ist durchaus kein Problem; dazu bedarf es keiner Kommissionen. Die Hauptfrage ist, daß wir uns in den Grundfragen verständigen.

Papier-Industrie

Kampfanfrage der Arbeitgeber.

In Nr. 41 des Proletariers hatten wir der Kollegen- schaft Kenntnis davon gegeben, daß uns der Arbeitgeber- verband den Gesamtarbeitsvertrag mit Ablauf zum 31. De- zember d. J. gekündigt hat. Mittlerweile ist uns zur Kenntnis gekommen, daß diese Kündigung nicht eine Abwehrmaßnahme des Arbeitgeberverbandes gegen neue Forderungen der Arbeitnehmer bedeutet, sondern daß sie einen glatten Angriff des Arbeitgeberverbandes auf die bisher bestehenden, mit den Gewerkschaften tarifvertraglich vereinbarten Rechte der Arbeiterschaft darstellt.

Dem Kündigungsschreiben des Tarifverbandes ist ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes vorausgegangen, daß von diesem Anfang September an seine Mitglieder verhandelt wurde. Obwohl wir das Rundschreiben in seinem voll- kommenen Wortlaut nicht kennen, haben wir von dem wesent- lichen Inhalt desselben von sehr glaubwürdiger Seite Kenntnis erhalten, um uns ein genaues Bild über die Absichten der Arbeitgeber der Papiererzeugungs-Industrie machen zu können.

In diesem erwähnten Rundschreiben wird ausgeführt, daß der Arbeitgeberverband die Kündigung des Gesamtarbeits- vertrages zum 1. Oktober erwartete. Daraus geht also hervor, daß die Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes die Absicht nicht hatte, den Gesamtarbeitsvertrag selbst zu kündigen. Von seiten der Gewerkschaften wurde auf die Kündigung des Ge- samtarbeitsvertrages verzichtet, um nicht zu den kommenden Kämpfen um die Arbeitszeit auch noch solche in der Ferien- frage und den übrigen den Gesamtarbeitsvertrag betreffenden Bestimmungen heraufzubeschwören. Die Gewerkschaften ließen sich dabei von dem Gedanken leiten, daß nach Annahme der sogenannten Dawes-Gesetze im Reichstag alle nicht un- bedingt notwendigen Störungen des Wirtschaftslebens ver- mieden werden sollten, um den Aufbau der deutschen Wirt- schaft zu erleichtern. Wenn nun vom Arbeitgeberverband der Gesamtarbeitsvertrag trotz alledem gekündigt wurde, so können wir diese Kündigung nur als eine Kampfanfrage an die Papier- arbeiterchaft und deren Gewerkschaften auffassen. Die Arbeitgeber brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn nun auch von Arbeitnehmerseite neue Forderungen zum Gesamt- arbeitsvertrag geltend gemacht werden. Für die aus dieser Kündigung zu erwartenden Arbeitskämpfe fragen deshalb der Arbeitgeberverband und seine hinter ihm stehenden Mitglieder, die die Geschäftsführung zur Kündigung des Gesamtarbeits- vertrages gedrängt haben, die Verantwortung.

Durch Postkarte vom 2. Oktober d. J. teilt uns der Ge- schäftsführer des Arbeitgeberverbandes mit, daß seine Organi- sation zur Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages bereit sei und daß den vertragsschließenden Gewerkschaften die Ab- änderungsanträge der Arbeitgeber sobald wie möglich zugehen würden. Wir werden, sobald diese Abänderungsvorschläge der Arbeitgeber vorliegen, unserer Kollegenschaft in der Papier-Industrie davon in geeigneter Weise Kenntnis geben.

Die Papierarbeiterchaft braucht sich schon heute keinem Zweifel mehr hinzugeben, wie diese Abänderungsvorschläge der Arbeitgeber aussehen werden, sind sie doch bis zu einem ge- wissen Grade schon in dem erwähnten Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes enthalten. Danach besteht in den Kreisen der Arbeitgeber eine starke Mißstimmung darüber, daß die verlängerte Arbeitszeit nicht für alle Betriebe obligatorisch eingeführt werden konnte, eine Notwendigkeit, die nach Auf- fassung der Arbeitgeber für alle Betriebe besteht. Es gehört wirklich nicht viel Grütze dazu, aus diesen Andeutungen zu schlußfolgern, daß der Arbeitgeberverband in der Frage der Arbeitszeitregelung die Einführung der zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit für sämtliche Betriebe tarifvertraglich fördern wird, eine Forderung, die auch bisher von den Arbeit- gebern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, generell erhoben wurde.

Wir brauchen auf die Gründe in diesem Zusammenhange nicht noch einmal näher einzugehen, die die Arbeitnehmer- organisationen veranlassen, diese geradezu unmenslichen Ar- beitszeitbedingungen abzulehnen. Die von den Arbeitgebern geforderte Arbeitszeit bedeutet für die Schichtarbeiter nicht nur eine zwölfstündige Arbeitsleistung am Tage, sondern dieselbe ungebenerliche Arbeitszeitleistung auch während der Nachtschicht, abgesehen von der weiteren Verschlechterung der Sonntagsgelöhne in den Zellstoff-Fabriken, die durch diese Forderungen der Arbeitgeber herbeigeführt wird.

Im Zusammenhang mit dieser Frage erscheint uns das Urteil eines Kenners der Nacharbeit beherzigenswert, um es im Rahmen dieses Artikels anzuführen. Der Bäckermeister Paul Söhner in Erfurt schreibt in der Sondernummer der Thüringer Allgemeinen Zeitung vom 13. Juli 1924 darüber folgendes:

Es sei nur an die allen sozialen und hygienischen An- forderungen widersprechende Nacharbeit erinnert. Die Nach- arbeit war ein Fluch für das ganze Gewerbe, die jeden gesell- schaftlichen Verkehr und kulturellen Aufstieg unterband. Der

Ausland.

Reichswirtschaftsrat in Japan.

Vor kurzer Zeit wurde in Japan ein Reichswirtschaftsrat eingesetzt, welcher unmittelbar der Aufsicht des Ministerpräsidenten untersteht.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistische Information.

Die Zentralverbände der Gewerkschaften haben bekanntlich einen einmaligen Extrabeitrag ausgeschrieben, um die Mittel zur Durchführung einer evtl. notwendig werdenden Volksabstimmung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens (Achtstundentag) aufzubringen.

In einem Rundschreiben, betitelt Information betr. Volksentscheid und Sonderbeitrag in den Gewerkschaften, heißt es einleitend:

Alle unsere Fraktionen müssen einen energischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen den sogenannten Volksentscheid führen.

Die Folge dieser Information soll natürlich Ablehnung der Zahlung eines Extrabeitrages sein. Am Schlusse der Information wird zwar das Gegenteil gesagt, aber unter allerlei Vorbehalten und Bedingungen, so daß praktisch nichts anderes herauskommt als Ablehnung.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist diese famose Information mit einer ganz unerhörten Unwahrheit gezieret. Jedenfalls dachten die kommunistischen Machter, der Schwindel bleibt ja unter uns.

Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes hat aus Sammlungen für den Ludwigshafener Streik eine große Summe zurückbehalten, die heute noch nicht verrechnet und abgeliefert ist.

Wir erklären diese Behauptung für einen kommunistischen Schwindel, erfinden zu dem Zweck, die Mitgliedschaft unseres Verbandes auseinanderzujagen. - Schädlinge der Arbeiterbewegung.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-B., hat am 1. Oktober 1924 die Geschäfte aufgenommen.

Der Aufsichtsrat der neuen Bank besteht aus den Herren: Theodor Leipzig, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, als Vorsitzender; Georg Friedrich, Vorsitzender des A.B. Bundes, als stellvertretender Vorsitzender; Albert Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes; Gregor Meißner, Vorsitzender des Reichsverbandes der Arbeitervereine; Dr. Rudolf Hilferding, Reichsfinanzminister; Dr. Friedrich Hofmann, Vorstand der Bergarbeiter Deutschlands; Hermann Kube, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; Emil Lehmann, Deutscher Holzarbeiterverband; Bruno Meer, Allgemeiner Verband Deutscher Bauangestellten; Friedrich Dreßler, Deutscher Bauangestelltenverband; Carl Köppler, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands; Hanswert, Ernst Köppler, Deutscher Metallarbeiter-Verband; Hilffahrt; Bruno Köppler, Verband der Deutschen Buchdrucker; Oswald Schumann, Deutscher Verlegerverband; Otto Urban, Zentralverband der Angestellten; Otto Jahnke, Deutscher Fernarbeiter-Verband.

Die Aktionäre der neuen Gesellschaft sind sämtliche Verbände, die dem A.D.G.B. angeschlossen sind, sowie die Mehrzahl der dem A.B. Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenverband angeschlossen Verbände.

Die Aktionäre haben auf den Namen und sind nur mit Zahlung des Aufsichtsrates übertragbar. Das voll eingezahlte Aktienkapital beträgt 70000000 Mark.

Zug der Jahresrechnung der Bank für 1923 hat die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft m. b. H. nicht nur ihr gesamtes eingezahltes Kapital einbezogen, sondern auch einen beträchtlichen Gewinn einbezogen. Die Gewinnverteilung, die die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft m. b. H. im Jahre 1923 gemacht hat, ist eine derartige, daß die Ausbeute für die Erziehung der neuen Bankenbank als außerordentlich günstig bezeichnet werden können.

Eine Arbeiter-Leistungsgesellschaft.

Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Hamburg wurde ein Arbeiterverband freibestehend, das auch bei den Angehörigen anderer Berufe lebhaftes Interesse erregte. Der Verhandlungsstand der Buchdrucker - das sind die der Freibestimmung der Verbände innerhalb der Gewerkschaft - hat auf seiner letzten Sitzung im August die Gründung der Leistungsgesellschaft beschlossen, um typographisch unabhängig zu sein.

Rudolf Witschmann jr.

Am 28. September durch noch kurzer Krankheit der Vorsitzende des Verbandes der Buchdrucker, Weimarer und Hallesche Arbeiter Deutschlands im Alter von 53 Jahren. Witschmann gehörte zu den Pionieren der Arbeiterbewegung. Seit 1885, kaum 20 Jahre alt, kämpfte er mit in den vorerwähnten Reihen für die Verbesserung der

Lage der Arbeiter. In dem Dahingeschiedenen betrübten wir einen treuen Weggenossen und aufopfernden Kämpfer nicht nur für seine Organisation, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung. Ehre seinem Andenken!

Berichte aus den Zahlstellen.

Quitzburg. Die Manieren einer Werksleistung. Die Unternehmer wollen jetzt, wie es scheint, in schlechter Behandlung und in möglichst wenig Entgegenkommen der Arbeiterklasse gegenüber sich gegenseitig überbieten. Der Herr Direktor Pohl von der Firma E. Matthes & Weber fauchte kürzlich den Obermeister Vogt an, als im Betrieb etwas nicht nach seinem Wunsch ging: "Wenn diese Sache noch einmal vorkommt, werde ich Ihnen die ganze Prämie abziehen."

Lauenburg a. Elbe. Unser Jubiläum. Ein kleines Häuflein Gefreuer fand sich damals, am 21. Oktober 1899, zusammen, um eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu gründen. Nun sind 25 Jahre verstrichen, seit unsere Zahlstelle als schwächliches Wesen das Licht der Welt erblickte. Allerlei Unbilden hatte sie ertragen müssen, von grobhörigen Feinden verfolgt und verhöhnt. Trotzdem ist sie gut geblieben unter der liebe- und verständnisvollen Pflege ihrer Pflegeeltern.

Ihr aber, die des Tages Weihe umflingt mit feierlichem Ton, Wahr dem Verband die alte Treue, Wecht für die Organisation! Wo fünfundsanzig Jahre fliegen Ins Meer der Zeit, hemmt nichts den Lauf! Schlichte drum die Reih'n! Die Banner fliegen Schon neuen Zielen zu! Blickt auf!

Warzen. Was geht im Kasinwerk Hohburg vor? Das Warzener Tageblatt meldet, daß die Hohburger Kasinwerke auf Grund der Verhältnisse stillgelegt würden, und spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, sie recht bald wieder in Gang zu bringen. Wie liegen nun die Dinge? Die Freih. Adolf v. Schönberg'schen Kasinwerke in Hohburg sind mit zu den deutschen Kasin-A.-G. gekommen. Das Jungmänner-Direktorium, welches nun an der Hand kam, glaubt seinen Beschäftigungsnachweis am besten dadurch erbringen zu können, daß man die Werke stilllegt. Erst wollte man längere Arbeitszeit haben. Man ließ sich einen Bergschmann, Herrn Direktor Gummert, und einen Obersteiger, der auch Bergschmann ist, kommen. Das Ziel war eine Lohnverbesserung. Schon bei der letzten Lohnverhandlung wurde erklärt: Wir wollen 40 Pf. bezahlen (jetzt hat der Lohn die enorme Höhe von 42 Pf. in Gruppe 2); es müssen doch Überläufer möglich werden. Ferner sagte der Syndikus Dieze in Dresden bei der letzten Lohnverhandlung: Der Herr Baron v. Schönberg hat keine Lust mehr, Gelder von seinen anderen Besitzern dem Kasinwerk zuzuführen. Uns ist aber bekannt, daß es anders gewesen ist. Man hat in Hohburg nichts unversucht gelassen, die Werke technisch zu vermodern. Man hat dazu einen sehr guten Sachmann angestellt, der es verstand, in Gemeinschaft mit Herrn Baron v. Wäcker sen. die Werke anzuschauen. Nun hat man den Betrieb stillgelegt, die Arbeiter werden entlassen, und da wird man mit einer geringeren Zahl von Arbeitern wieder anfangen. Man wird auf jeden Fall Reserve anstellen lassen, und wer anfangen will, muß unterschreiben, und wer nicht unterschreibt, der bleibt auf der Straße. Auf Grund der Gültigkeitsverordnung kann man alle unzufriedenen Elemente loswerden. Die Organisation soll zerfallen und Unzufriedenheit unter die Arbeiter gebracht werden. Aber alle scharf sichtbar. Herr Direktor Gummert möge sich erkundigen beim Herrn Direktor Vogt in Arzberg, wie man es nicht machen darf. Dort ist dem Direktor Dr. Vogt gekündigt worden, und der Verband der Fabrikarbeiter und der alte Betriebsrat sind immer noch da. - Arbeiter und Angestellte, seid auf dem Posten! Denkt daran, wie es vor dem Kriege einmal ein Herr Lohse mit den Steinarbeitern gemacht hat. So will man es mit euch machen! Bist die Organisation aus, seid einig!

Rundschau.

Gegen den Klassenkampf.

Professor Werner Sombart, der bekannte Verfasser des 'Sozialismus und soziale Bewegung' und des 'Modernen Kapitalismus', ein Gelehrter von großem Gehaltsvermögen, hat kürzlich bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Gießen eine Referat über die Idee des Klassenkampfes gehalten. Der Klassenkampf ist nach der vorübergehenden genauen Überzeugung Sombarts überhaupt keine Idee. Die Gesellschaft, die einer Idee innerlich ist, spricht Sombart der Klassenkampfteorie völlig ab. Die Klassenkampfteorie ist unrichtig, unwahr und wertlos - meint Sombart, der im übrigen zwischen absolutem und relativem Klassenkampf unterscheidet will. Die absolute Klassenkampfteorie sei diejenige, die den Klassenkampf zum bewegenden Prinzip des gesellschaftlichen Geschehens macht, während die relative dem Klassenkampf eine beiseitigere Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung gewährt. Eine klare Unterscheidung zwischen diesen zwei Begriffen ist aber kaum möglich, nach Professor Sombart gelang es am wenigsten, diese Unterscheidung festzuhalten. Die Klassenkampfteorie sei nach Sombart ein Unfug, er sei gemein und niederträchtig, da er nur den Schlamm der menschlichen Seele, den Haß, als Lagerstätte fördert. Er muß unerbittlich bekämpft werden. Wie aber? Mit realen Gründen kann man den Fanatikern des Klassenkampfes nicht begegnen.

Der Klassenkampfbegriff der Darstellung entspricht es, daß Sombart von den Kräfte der historischen Bedingtheit des Klassenkampfes nichts erwahnt, daß er es nicht für notwendig hielt, von dem Bestehen eines sozialen Problems überhaupt Kenntnis zu nehmen. Diese sind ihm ganz selbstverständliche Zustände, die Frage

muß nach ihm in der Sphäre der Weltanschauung beziehungsweise der Moral ausgetragen werden. Er donnerte gegen den proletarischen Klassenkampf, sprach aber nicht davon, daß der Klassenkampf auch von anderen Klassen geführt wird, für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft beziehungsweise im Interesse der Ausbeutung: Herrschaft und Ausbeutung sind ihm nebensächliche Begriffe. Nur das Proletariat soll den Klassenkampf aufgeben, und auf die Frage 'Was dann?' hat er nicht einmal versucht, eine Antwort zu geben.

So war es nur möglich, die Debatte über die Idee und über den Wert - die moralische Berechtigung - des Klassenkampfes zu führen. Der Klassenkampfteorie wohnt Sombart zufolge keine Idee inne. Diese Behauptung ist aber grundfalsch. Der Klassenkampf wird selbst in seiner absoluten Form nur als Mittel zum Zweck geführt - und im Hintergrund der Klassenkampfteorie steht in der Wirklichkeit eine große Idee - die Aufhebung der Herrschaft und der Ausbeutung durch die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft. Wird der Klassenkampf auch deshalb für nötig gehalten, damit das Proletariat durch den Kampf und während des Kampfes sich seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt werden kann, so empfängt er doch seinen Sinn aus dieser Aufgabe. Professor Grünberg konnte mit Recht den hohen Idealismus dieser Idee hervorheben. Der Klassenkampf sei unmoralisch, sagt Sombart. Es ist aber zu fragen, warum man eben dieser Form des Kampfes unter den mannigfaltigen Kämpfen, die miteinander für sehr niedrige Zwecke geführt werden, die moralische Berechtigung absprechen soll. Warum donnerte Sombart nicht lieber gegen den Krieg, diese blutige Form des Kampfes, und gegen die anderen ziel- und ideallosen Arten des Kampfes? Ist der Kampf ein ewiges Prinzip der Weltgeschichte, warum dann der Eifer gegen den proletarischen Emanzipationskampf? Der Klassenkampf erzeugt Haß - sagt Professor Sombart - und er erweckt die niedrigsten Gefühle. Wieder kann man hier fragen: Warum eben der Klassenkampf? In der Debatte haben Professor Grünberg, Fritz Larnow und der badische Arbeitsminister Engler hervorgehoben, daß sich innerhalb der kämpfenden Masse eine Liebe zum gemeinsamen Zweck entwickelt und daß der Haß des Proletariats nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen Einrichtungen gerichtet ist.

Hat Sombart auch vieles, wenn nicht alles, umgerissen, was er früher gebaut? so wollen wir doch nicht vergessen, daß ihm die Arbeiterklasse manches zu danken hat.

Die Folge niedriger Löhne.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 16 vom 16. August 1924 ist ein Artikel vom Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Erich Grieser, erschienen über die Wiederherstellung der Sozialversicherung. Es heißt da unter anderem:

Der Beitragsfuß ist heute höher als in der Vorkriegszeit; früher genügte 4 v. H. des Grundlohns, heute sind noch 6 v. H. erforderlich. Trotzdem ist aber der Ertrag für die Krankenkassen im allgemeinen nicht höher als früher, der Lohn liegt in vielen Fällen unter Friedensgrenze. Die Ortskrankenkasse Leipzig hat bei 6 v. H. des Grundlohns ungefähr die gleiche Einnahme wie früher bei 4 v. H. des Grundlohns. In Augsburg war die Einnahme im ersten Vierteljahr 1924 bei 6,6 v. H. des Grundlohns und 74 000 Versicherten um 300 000 Mk. geringer als im ersten Vierteljahr 1914 bei 4,16 v. H. des Grundlohns und nur 54 000 Versicherten; selbst der Zuwachs von 20 000 Mitgliedern konnte den Unterschied nicht ausgleichen. Das sind nicht Zufallsergebnisse, sondern allgemeine Entwicklungsmomente.

Frauenfragen.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in England. Während des Krieges haben an Stelle der Eingezogenen große Scharen von weiblichen Arbeitern in der englischen Industrie Beschäftigung gefunden. Nach Beendigung des Krieges hat der größte Teil der weiblichen Arbeiter seinen Platz für die Zurückgekehrten geräumt. Dafür sorgte die Vereinbarung der Gewerkschaften mit der Regierung und der Industrie, außerdem aber die Tatsache, daß die Frauen dieselben Löhne bzw. Gehälter bezogen haben wie die Männer. Dieser Zustand, die gleiche Entlohnung für den gleichen Arbeitsposten, wurde auch in den Nachkriegsjahren aufrechterhalten. Dem schreibt man die seitdem dauernd zunehmende Verminderung der Frauennarbeit in England zu. Die Frauen werden insbesondere in der Baumwoll-, Woll- und Leinenindustrie, in der Metall- und Porzellanindustrie und im Handelsgewerbe beschäftigt. Die Ausweise der Gewerkschaften zeigen seit 1921 die sehr beträchtliche Abnahme der weiblichen Mitglieder. In den dem Gewerkschaftskongress angehörenden Gewerkschaften betrug deren Zahl 1921 eine Million, 1922 615 000, 1923 480 000. Die Abnahme im Jahre 1922 gegenüber 1921 betrug bei sämtlichen Gewerkschaften 13,5 v. H. Da die Zahl der Frauen in England gegenwärtig um 2 Millionen höher ist als die der Männer, wurde im allgemeinen mit der Zunahme der Frauennarbeit gleichzeitigkeit der englischen Arbeiter ist daher der Rückgang der Frauennarbeit von großer Bedeutung.

Literarisches.

Im Reiche der Mecha. Von Alfred Rawrath. Verlag F. C. Brodhaus, Leipzig. In Halbleinen gebd. 8 G.-M. Auf 254 Seiten Text mit 86 Abbildungen und zwei Karten bringt der Verfasser eine prächtige Schilderung über kaukasische Fabrik und Abenteuer. Dieses Buch wendet sich nicht an Gelehrte, sondern an den großen Kreis der Gebildeten. Es ist mit dem Herzen geschrieben, ist belehrend und unterhaltend. Über das Meer, das den Blick weitet, fährt das Buch nach Gestaden alter Kultur, Aegaeus und Pontos, auf den Spuren Japans, nach dem alten Sonnenlande Kolchis. Hamburg - Dombö - Malta - Piräus - Saloniki - Burgas - Warna - Konstantin - Noworossisk - Batum - über den Kaukasus - Wladikawkas - Konstantinopel, unter den heutigen Verhältnissen gewiß ein nicht alltägliches Reisetagebuch. Dr. Rawrath war seit 1914 der erste Europäer, der das wilde Gebirge des Kaukasus durchstreift hat. Reich war seine Ausbeute dieser abenteuerlichen Fahrt, der wir vorliegende Buch verdanken. Abwärts von der großen Straße ist Dr. Rawrath gewandert, kein Wunder, daß er unendlich mehr sah als andere und daß er von reichen Abenteurern berichten kann. Dem Verfasser wurde als erstem von der Sowjetregierung gestattet, im Kaukasus beliebig zu fotografieren. Von den künstlerischen Aufnahmen sind 86 der schönsten dem Werk an Kunstformdetaillen beigegeben. Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde (Verlagsgeellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14). Im Septemberheft weist Professor Goeß Briefs in seinem Artikel 'Begriff und Wesen des Proletariats' nach, daß Proletarier zu sein nicht gleichzeitig Not und Elend bedeuten muß. Dr. Ernst Berger, Georg Bernbard, Paul Ullermann, O. Cohn und Fritz König behandeln Wirtschaftfragen. Die Konsumvereine behandeln Professor Rod. Wilbrandt und August Schalk. Otto Albrecht schreibt über die Kleingartenpolitik als Kulturforderung. Dr. Otto Lipmann über Ergebnisse der Arbeitswissenschaft. Th. Rogar über die Auffassung der Beamten vom Koalitionsrecht.